

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 143, 2016

1. Artikel/Grafik: Ökostrom-Umlage stößt an ihre Grenzen (17.10.2016)

„Der Anstieg der Ökostrom-Umlage hat eine Debatte über einen radikalen Kurswechsel bei der Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien entfacht. Auch innerhalb der Großen Koalition mehrten sich Stimmen, die Einschnitte fordern. Die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen legen einen gemeinsamen Plan zur Deckelung der Kostenbelastung vor, auch Fachleute und Verbände entwickeln neue Konzepte für eine Umgestaltung der Finanzierung. Allein das Bundeswirtschaftsministerium gibt sich unverdrossen: Man sei mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf dem richtigen Weg, die Kostendynamik früherer Jahre sei durchbrochen, heißt es dort.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Energiepolitik“, „Energie und Makroökonomie“ und „Energemix der Zukunft“

1. *Ermitteln Sie die zentralen Zielsetzungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).*
2. *Erläutern Sie in diesem Zusammenhang die Funktionsweise der EEG-Umlage. Legen Sie ihre Entwicklung in den letzten Jahren dar.*
3. *Analysieren Sie die im Zuge der aktuellen Erhöhung der EEG-Umlage entbrannte Diskussion. Benennen Sie die hieran beteiligten Akteure und erschließen Sie sich deren Interessen und Argumente.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit im vorliegenden Fall ein Konflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen zu verzeichnen ist.*

2. Artikel: Bann für Klimakiller im Kühlschränk (17.10.2016)

„Im Nachhinein wirkt es so, als habe die Weltgemeinschaft einst den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben: Um die bedrohte Ozonschicht zu retten, hatten sich fast 200 Staaten 1987 im Montrealer Protokoll auf ein Verbot von schädlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) geeinigt, die als Treibgase, Kühlmittel oder für Schaumstoffe zum Einsatz kamen. Was damals nicht berücksichtigt wurde: Die als Ersatzstoff gedachten Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) greifen zwar nicht die Ozonschicht an, sind aber ein gefährlicheres Treibhausgas als Kohlendioxid. Deshalb hat sich die Staatengemeinschaft am Wochenende im ruandischen Kigali geeinigt, nun auch FKW aus Kühlschränken und Klimaanlage zu verbannen.“

➤ Verortung v. a. im Themenbereich **„Umweltschutz“**

1. *Erklären Sie, was generell unter dem Klimawandel sowie dem Klimaschutz verstanden wird.*
2. *Arbeiten Sie vor diesem Hintergrund die Wirkungen des 1987 beschlossenen Verbotes von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) heraus. Überprüfen Sie hierbei, inwieweit sich die damals als Ersatz herangezogenen Stoffe als sinnvoll erwiesen haben.*
3. *Geben Sie die aktuellen Beschlüsse der Staatengemeinschaft sowie die hiermit verfolgten Zielsetzungen wieder.*
4. *Analysieren Sie deren anzunehmende Wirkungen. Setzen Sie sich dabei mit den in diesem Zusammenhang auftretenden Interessenkonflikten auseinander.*

3. Artikel/Grafik: Industrie und Emissionshandel: Auf verlorenem Posten (01.11.2016)

„In Brüssel wird derzeit verhandelt, wie das seit 2005 laufende System des Handels mit Verschmutzungsrechten reformiert werden soll. Der Emissionshandel ist eines der wichtigsten Instrumente der EU zur Reduktion von Treibhausgasen, die Gesamtmenge der Zertifikate wird von Jahr zu Jahr reduziert. Die zur Teilnahme verpflichteten Anlagen der Industrie und der Energiebranche müssen für jede emittierte Tonne Kohlendioxid ein Zertifikat nachweisen. Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, erhalten einen Teil der Rechte kostenlos, die übrigen müssen sie zukaufen. Die Kosten sollen Anreize setzen, durch Investitionen in effizientere Anlagen CO₂-Emissionen zu vermeiden. Aus Sicht der EU-Kommission ist der Preis der Zertifikate aber zu niedrig, um genügend Druck auf die Industrie auszuüben. Sie hat deshalb 2015 Vorschläge vorgelegt, um den Preis in der neuen Handelsperiode ab 2021 auf 30 Euro in die Höhe zu treiben. Dafür soll die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Emissionsrechte jährlich um 2,2 Prozent abgeschmolzen werden, und damit deutlich schneller als bislang. [...] Nun müssen das EU-Parlament und der Rat der Mitgliedstaaten sich positionieren, im ersten Halbjahr 2017 soll die Reform stehen.“ Nicht nur die Stahlindustrie gibt sich angesichts der Pläne alarmiert.

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Umweltschutz“**

1. *Beschreiben Sie die generelle Funktionsweise und Zielsetzung des europäischen Emissionszertifikate-Handels.*
2. *Erschließen Sie sich die aus Sicht der EU-Kommission notwendigen Reformen des Systems. Legen Sie dar, worin derzeit dessen wesentliche Schwächen gesehen werden.*
3. *Geben Sie die entsprechenden Reformpläne der EU-Kommission wieder. Benennen Sie die im Wesentlichen hiermit verfolgten Zielsetzungen.*
4. *Arbeiten Sie die Auswirkungen sowie Reaktionen der im Artikel genannten Branchen wieder. Ermitteln Sie die wesentlichen Konfliktlinien zwischen den Vorstellungen von Politik und Wirtschaft.*
5. *Nehmen Sie Stellung innerhalb der Kontroverse. Begründen Sie dabei Ihre Position.*

4. Artikel/Grafik: Ölbranche: Konzerne im Sparmodus (02.11.2016)

„Als Reaktion auf die Krise waren die Ölkonzerne gezwungen, Sparmaßnahmen zu ergreifen - das gilt für Shell ebenso wie für den Rest der Branche. Insgesamt haben die Unternehmen ihre geplanten Investitionen um eine Billion Dollar gekürzt. Shell etwa will seine Ausgaben für Investitionen in diesem Jahr auf 29 Milliarden Dollar reduzieren, deutlich weniger als früher. 2017 sollen es nur noch 25 Milliarden Dollar sein. Und auch bei dem britischen Ölkonzern BP steht alles auf dem Prüfstand.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Fassen Sie die aktuelle Entwicklung des Ölpreises auf den globalen Märkten zusammen.*
2. *Analysieren Sie die Auswirkungen der Preisentwicklung der letzten Monate auf die Ölkonzerne und Förderunternehmen sowie deren Zulieferer.*
3. *Setzen Sie sich mit der Notwendigkeit unternehmensstrategischer Veränderungen auseinander.*
4. *Erläutern Sie die von ihnen eingeleiteten Maßnahmen und Umstrukturierungen. Benennen Sie die im Wesentlichen hiermit verfolgten Zielsetzungen.*

5. Artikel/Grafik: Hendricks ringt um ihren Klimaplan (07.11.2016)**6. Artikel/Grafik: Das zähe Ringen um das Klima (09.11.2016)****7. Interview: Ottmar Edenhofer: „Wir brauchen den Mindestpreis für CO₂“ (09.11.2016)****8. Artikel: Gabriel stoppt Klimaplan und brüskiert Hendricks (09.11.2016)**

„Die Einigung auf einen „Klimaschutzplan 2050“ ist auf den letzten Metern am Widerstand von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gescheitert. [...] Gabriel habe überraschend sein Veto gegen die Kabinettsbefassung eingelegt. Die Zukunft des gesamten Klimaplans sei jetzt unklar, auf den sich zuvor Staatssekretäre aller Ministerien, auch des Wirtschaftsressorts, verständigt hatten. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) kann so wohl nicht mit einem Klimakonzept zur laufenden Uno-Konferenz in Marokko fliegen. Gabriel hatte am Dienstagabend noch mit Kanzlerin Angela Merkel über die Braunkohle gesprochen. Unter Beschuss von Seiten der Bergbaugewerkschaft IG BCE stand eine im Plan verankerte Kommission, die sich mit dem Kohle-Ausstieg befassen sollte. [...] Der „Klimaschutzplan 2050“ sollte auf Basis des Weltklimavertrags von Paris den Weg in eine Gesellschaft ohne Treibhausgas-Ausstoß weisen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Umweltschutz“**

1. *Ermitteln Sie die Kernbeschlüsse des UN-Klimagipfels von Paris. Legen Sie dar, welche Anforderungen hierin an die nationalen Regierungen gestellt werden.*
2. *Fassen Sie vor diesem Hintergrund die ursprünglichen Pläne der Bundesumweltministerin Hendricks im Hinblick auf die Erstellung eines Klimaplans 2050 zusammen.*
3. *Geben Sie in diesem Zusammenhang die Einschätzungen des Klimaexperten Ottmar Edenhofer hinsichtlich der notwendigen politischen Maßnahmen wieder.*
4. *Erläutern Sie die Gründe für das Scheitern der Pläne im Rahmen der Regierungskonsultationen. Arbeiten Sie die zwischen unterschiedlichen Ministerien aufgetretenen Konfliktlinien heraus.*
5. *Überprüfen Sie, inwieweit eine Dilemmasituation zu konstatieren ist, in der gemeinschaftliche mit einzelstaatlichen Zielsetzungen in Konflikt geraten.*

9. Interview: Rolf Martin Schmitz (RWE): „Strom ist Zukunft“ (08.11.2016)

„Zum ersten und vermutlich auch letzten Mal empfängt Rolf Martin Schmitz das Handelsblatt als Vorstandschef in seinem Büro im 23. Stock des RWE-Turms in der Essener Innenstadt. Erst vor dreieinhalb Wochen wurde der bisherige Vize befördert. Bald werden Schmitz und RWE den Turm aber verlassen. In dem markanten Gebäude hat sich schon Vorgänger Peter Terium mit seinem neuen Unternehmen breitgemacht: Er will von hier aus mit der grünen Tochter Innogy die neue Energiewelt erobern. Schmitz wird sich von einer neuen Zentrale aus um die Sanierung der Kohle- und Gaskraftwerke von RWE kümmern.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Erläutern Sie, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die deutschen Energiekonzerne in den vergangenen Jahren verändert haben. Benennen Sie die wesentlichen Ursachen hierfür.*
2. *Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund Form, Umfang und Zielsetzung des Umbaus des RWE-Konzerns. Legen Sie dar, in welchen Feldern das Unternehmen RWE und die neu gegründete Unternehmenstochter Innogy aktiv sein werden.*
3. *Geben Sie die zentralen strategischen Zielsetzungen des neuen RWE Vorstandsvorsitzenden Rolf Martin Schmitz wieder.*
4. *Analysieren Sie die Herausforderungen, denen sich die RWE-Unternehmensführung insbesondere gegenübersteht.*

10. Artikel/Grafik: Eon: Entsorgung der Altlasten (10.11.2016)

„Für Vorstandschef Johannes Teysen und Finanzvorstand Michael Sen ist die Geschäftsentwicklung von Eon nach eigenen Worten völlig im Plan. „2016 wurde von uns immer als Jahr des Übergangs bezeichnet“, betonte Sen am Mittwoch bei der Vorlage des Zwischenberichts für die ersten neun Monate. Nach der Abspaltung der Kohle- und Gaskraftwerke ins neue Unternehmen Uniper waren Belastungen für die Bilanz von Eon fest eingeplant. Die Aktionäre dürften die Entwicklung dagegen alles anders als planmäßig empfinden. Der Übergang ist außergewöhnlich hart - und das Jahr wird mit einem gewaltigen Fehlbetrag abgeschlossen: Unter dem Strich wird nicht nur ein Rekordverlust stehen, er wird sich sogar auf einen zweistelligen Milliardenbetrag summieren.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Wertschöpfung“ und „Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“

1. *Erläutern Sie, inwieweit und in welcher Form sich die Rahmenbedingungen für die großen deutschen Energieversorger in den letzten Jahren verändert haben. Analysieren Sie hierzu insbesondere die Wirkungen energiepolitischer Entscheidungen.*
2. *Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund die Umgestaltung des Eon-Konzerns. Benennen Sie die im Wesentlichen hiermit verfolgten Zielsetzungen.*
3. *Analysieren Sie den aktuellen Status des Strategiewechsels. Berücksichtigen Sie die bestehenden Herausforderungen und Risiken.*
4. *Geben Sie vor diesem Hintergrund die aktuellen Geschäftsergebnisse und -prognosen wieder. Überprüfen Sie, inwieweit diese den Erwartungen der Konzernleitung entsprechen.*
5. *Ermitteln Sie aus Sicht der Aktionäre die Stärken und Schwächen des Eon-Konzerns.*

11. Artikel/Grafik: Kommunalversorger: Rivalen am Rhein rücken zusammen (11.11.2016)

„Die Allianz der drei großen Stadtwerke am Rhein [Köln, Düsseldorf, Duisburg] soll zuerst mit dem gemeinsamen Betrieb der Netze starten, könnte aber nach und nach weitere Bereiche mit einschließen. Mittelfristig könnten auch Sparten wie das Abrechnungswesen kooperieren oder zusammengehen. Langfristig ist sogar eine gesellschaftsrechtliche Verbindung über gegenseitige Beteiligungen denkbar. [...] Die drei Stadtwerke reagieren auf die enormen Herausforderungen, mit denen die Energiebranche konfrontiert wird. Zum einen wird die Energieversorgung grüner. [...] Zum anderen wird der Energiemarkt aber auch digital. Stromnetz und Datenverkehr wachsen zusammen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Wertschöpfung“ und „Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“

1. *Erläutern Sie, inwieweit und in welcher Form sich die Rahmenbedingungen für die kommunalen Energieversorger in Deutschland in den letzten Jahren verändert haben. Analysieren Sie hierzu insbesondere die Wirkungen energiepolitischer Entscheidungen.*

2. *Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund die Zielsetzung der Annäherung der drei größten kommunalen Energieversorger in Nordrhein-Westfalen.*
3. *Analysieren Sie den aktuellen Status der Verhandlungen. Beschreiben Sie die bestehenden Herausforderungen und Risiken.*

Ökostrom-Umlage stößt an ihre Grenzen

Der deutliche Anstieg löst eine neue Debatte aus. Das Ministerium gibt sich unverdrossen. Bayern und NRW präsentieren neuen Vorschlag.

5

Der Anstieg der Ökostrom-Umlage hat eine Debatte über einen radikalen Kurswechsel bei der Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien entfacht. Auch innerhalb der Großen Koalition mehren sich Stimmen, die Einschnitte fordern. Die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen legen einen gemeinsamen Plan zur Deckelung der Kostenbelastung vor, auch Fachleute und Verbände entwickeln neue Konzepte für eine Umgestaltung der Finanzierung. Allein das Bundeswirtschaftsministerium gibt sich unverdrossen: Man sei mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) auf dem richtigen Weg, die Kostendynamik früherer Jahre sei durchbrochen, heißt es dort.

15 Die vier Übertragungsnetzbetreiber hatten die EEG-Umlage für das kommende Jahr am Freitag bekanntgegeben. Sie steigt zum Jahreswechsel von 6,354 Cent pro Kilowattstunde Strom auf 6,88 Cent. Das ist ein Anstieg um 8,3 Prozent. Daraus ergibt sich für einen Durchschnittshaushalt mit einem jährlichen Stromverbrauch von 3 500 Kilowattstunden eine Belastung von 241 Euro, bislang waren es 222 Euro.

20

BDI-Präsident Ulrich Grillo nannte den Anstieg der Kosten ein Alarmsignal. „Die EEG-Umlage wächst in diesem Jahr fast viereinhalbmal so stark wie die Wirtschaft. Das jetzige Fördersystem läuft aus dem Ruder“, sagte er. Er bemängelte, die versprochene Kostenbremse des Bundeswirtschaftsministeriums sei Wunschdenken. Die Energiekosten würden zum Standortproblem.

25

Die EEG-Umlage hat in den vergangenen Jahren eine beeindruckende Entwicklung genommen. 2004 belief sie sich auf 0,58 Cent. Sie hat sich also annähernd verzwölffacht. 2017 werden sich die Belastungen nach Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber auf 23,98 Milliarden Euro summieren. In ihrer Mittelfristprognose gehen sie davon aus, dass die Umlage auch in den nächsten Jahren weitersteigt.

30

Die Übertragungsnetzbetreiber - 50Hertz, Amprion, Tennet und TransnetBW - sind für das Inkasso der Umlage zuständig. Sie legen sie jeweils Mitte Oktober für das Folgejahr nach gesetzlichen Vorgaben auf Basis von Prognosen unabhängiger Gutachter fest und stimmen sich dabei mit der Bundesnetzagentur ab.

35

Kritik an der Entwicklung kommt aus der Union. Der Bundeswirtschaftsminister behauptete, die Kostendynamik beim Erneuerbaren-Ausbau sei durchbrochen, sagte Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) dem Handelsblatt. „Jetzt stellen wir fest: Die EEG-Fördersumme steigt im nächsten Jahr“, sagte Fuchs. „Gleichzeitig haben wir einen neuen Risikofaktor Netzkosten, über den das Bundeswirtschaftsministerium kein Wort verliert. Weil der Erneuerbaren-Ausbau nicht mit dem Netzausbau synchron läuft, gibt es immer mehr Netzengpässe, die den Stromkunden inzwischen schon über eine Milliarde Euro kosten“, kritisierte er. Diesen „Kostenblindflug“ könne sich ein Industrieland nicht erlauben.

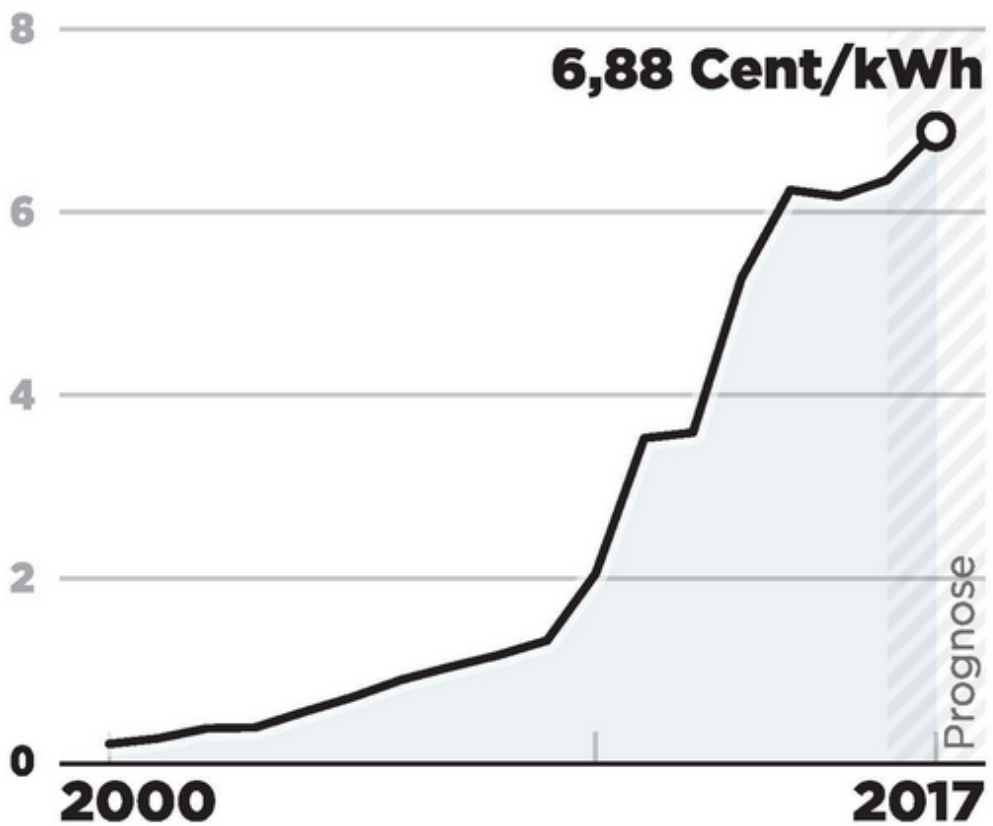
45

- 50 Fuchs fordert daher ein unabhängiges Kostenmonitoring der Energiewende mit einer Kostenvorschau für mindestens fünf Jahre. Außerdem spricht er sich für eine Deckung des Fördervolumens aus. Darüber hinaus will er ein Auslaufdatum für die jetzige Förderung nach dem EEG festschreiben. Zusätzlich sollen Neuanlagen nach den Vorstellungen von Fuchs künftig keine Entschädigung mehr erhalten, wenn ihr Strom aufgrund von Netzengpässen nicht zum Endkunden transportiert werden kann.
- 55 Die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) und ihr nordrhein-westfälischer Amtskollege Garrelt Duin (SPD) sprechen sich dafür aus, einen Teil der EEG-Kosten auszulagern. Alle EEG-Kosten über 6,5 Cent je Kilowattstunde sollen in einen staatlichen „Streckungsfonds“ übertragen werden. Mit anderen Worten: Für alle Kosten, die über diesen Wert hinausgehen, werden Schulden gemacht. Mit der Tilgung soll nach 2028 begonnen werden. Nach 2028 könnte die Umlage voraussichtlich wieder unter 6,5 Cent sinken, weil bis dahin die hohen Förderzusagen vergangener Jahre eingelöst wurden. Dennoch sollen Bürger und Unternehmen anschließend noch viele Jahre die 6,5 Cent weiterzahlen. Mit den so erzielten Einnahmen soll dann der Fonds seine Kredite wieder abzahlen. Aigner und Duin betonten, mit der Streckung komme Kalkulierbarkeit in die Kostenentwicklung. „Investitionsentscheidungen haben sehr viel mit der Prognose der Energiekosten zu tun“, sagte Duin. Mit der Streckung könne man der EEG-Umlage die Spitze nehmen. Sie würde verlässlich bei 6,5 Cent bleiben.
- 60
- 65
- 70 Der Bundesverband Erneuerbare Energie hatte bereits vor einigen Tagen vorgeschlagen, die Industrieausnahmen für das EEG aus Steuermitteln zu finanzieren. Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft dagegen plädiert dafür, die EEG-Umlage auch auf fossile Energieträger zu erheben. Im Bundeswirtschaftsministerium sieht man die Vorschläge skeptisch. Die Modelle liefen auf eine Kostenumverteilung hinaus. Es
- 75 müsse aber darum gehen, die Kosten zu reduzieren, heißt es in Ministeriumskreisen.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 200, 17.10.2016, 14

Strom wird immer teurer

EEG-Umlage für Haushaltsstromkunden in Cent je Kilowattstunde



HANDELSBLATT

Quelle: BMWi

Handelsblatt Nr. 200 vom 17.10.2016
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Bann für Klimakiller im Kühlschrank

Im Nachhinein wirkt es so, als habe die Weltgemeinschaft einst den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben: Um die bedrohte Ozonschicht zu retten, hatten sich fast 200 Staaten 1987 im Montrealer Protokoll auf ein Verbot von schädlichen Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) geeinigt, die als Treibgase, Kühlmittel oder für Schaumstoffe zum Einsatz kamen. Was damals nicht berücksichtigt wurde: Die als Ersatzstoff gedachten Fluorkohlenwasserstoffe (FKW) greifen zwar nicht die Ozonschicht an, sind aber ein gefährlicheres Treibhausgas als Kohlendioxid.

Deshalb hat sich die Staatengemeinschaft am Wochenende im ruandischen Kigali geeinigt, nun auch FKW aus Kühlschränken und Klimaanlage zu verbannen. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sprach von einem „Meilenstein“, US-Präsident Barack Obama immerhin von einem „bedeutenden Beitrag“ für den weltweiten Klimaschutz.

Wenn die Welt jetzt den Umstieg auf klimafreundliche Alternativen schaffe, könne die drohende Erderwärmung um bis zu ein halbes Grad Celsius verringert werden, sagte Hendricks. „Die Staatengemeinschaft hat sich im Kampf gegen den Klimawandel erneut als handlungsfähig erwiesen.“ Bereits bei der Pariser Klimakonferenz im Dezember 2015 hatte sich die Weltgemeinschaft darauf geeinigt, die globale Erderwärmung auf weniger als zwei Grad zu begrenzen. Anders als die Pariser Gipfelerklärung ist das Abkommen von Kigali aber rechtlich verbindlich. „Wir haben den ersten konkreten Schritt getan, um die Ankündigungen von Paris vom vergangenen Dezember zu erfüllen“, sagte EU-Klimakommissar Miguel Arias Canete.

Die Vereinbarung kann bis zu einem Viertel zu den angestrebten Klimazielen beitragen. Sie enthält zeitlich gestufte Verpflichtungen für Industrie- und Entwicklungsländer zur Reduktion von Produktion und Verbrauch von 17 teilfluorierten Kohlenwasserstoffen (HFKW). Für Industrieländer ist von 2019 bis 2036 eine Verringerung um 85 Prozent geplant. Entwicklungs- und Schwellenländer erhalten mehr Zeit. Zwei Gruppen sollen die Verwendung von HFKW bis entweder 2024 oder 2028 einfrieren und dann schrittweise abbauen. Indien, Iran, dem Irak, Pakistan und den Golf-Staaten werden längere Fristen eingeräumt.

Laut Experten sind Fluorkohlenwasserstoffe als Treibhausgase 100- bis 1 000-fach schlimmer als Kohlendioxid und extrem langlebig. Wissenschaftler rechnen indischen Angaben zufolge damit, dass das Auslaufen des FKW-Gebrauchs zwischen vier und sechs Milliarden Dollar kosten dürfte. Russland geht nach eigenen Schätzungen von Kosten in Höhe von mehr als zehn Milliarden Dollar aus. Umweltgruppen hatten ein ambitioniertes Abkommen verlangt. Sie verwiesen darauf, dass bis zum Jahr 2050 rund 1,6 Milliarden neue Klimaanlage in Betrieb genommen werden dürften, vor allem in Asien, Lateinamerika und Afrika.

Quelle: dpa/Reuters/fsp, Handelsblatt, Nr. 200, 17.10.2016, 17

Industrie und Emissionshandel: Auf verlorenem Posten

Die EU will den Emissionshandel verschärfen und treibt damit die Industrie auf die Barrikaden. Sie hofft nun auf die Bundesregierung - aber die ist heillos zerstritten.

5
[...] 50 Millionen Euro hat Weltmarktführer Arcelor-Mittal gerade erst in den neuen
Hubbalkenofen investiert, um die Stahlproduktion in seinem Werk im belgischen Gent
ein Stück effizienter zu machen. 50 000 Tonnen Kohlendioxid weniger pro Jahr stößt
das Werk deshalb aus. Das ist eine Menge, die Einsparung entspricht etwa dem
10 jährlichen Ausstoß von 20 000 Mittelklasse-Autos. Aber dem Konzern hilft es nicht
viel. 2,3 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Gases müsste das Werk Jahr für Jahr
einsparen, um keine Emissionsrechte zukaufen zu müssen - ein Viertel seines
derzeitigen Ausstoßes. Dabei ist der Standort in Gent schon einer der modernsten in
Europa. Wenn die EU das System des Emissionshandels wie geplant weiter
15 verschärfe, „müssten wir in der europäischen Stahlindustrie im Jahr 2030 rund 50
Prozent der Emissionsrechte hinzukaufen“, warnt Geert Van Poelvoorde, Chef der
Flachstahlsparte von Arcelor-Mittal in Europa. „Viele Stahlwerke in Europa werden
dann nicht mehr rentabel sein und schließen.“ Dann werde die EU Stahl aus China
oder Russland importieren müssen, bei dessen Herstellung sehr viel mehr CO₂
20 ausgestoßen werde als in Europa, sagt der Manager, der auch Präsident des
Branchenverbands Eurofer ist.

In Brüssel wird derzeit verhandelt, wie das seit 2005 laufende System des Handels mit
Verschmutzungsrechten reformiert werden soll. Der Emissionshandel ist eines der
25 wichtigsten Instrumente der EU zur Reduktion von Treibhausgasen, die Gesamtmenge
der Zertifikate wird von Jahr zu Jahr reduziert. Die zur Teilnahme verpflichteten
Anlagen der Industrie und der Energiebranche müssen für jede emittierte Tonne
Kohlendioxid ein Zertifikat nachweisen. Unternehmen, die im internationalen
Wettbewerb stehen, erhalten einen Teil der Rechte kostenlos, die übrigen müssen sie
30 zukaufen. Die Kosten sollen Anreize setzen, durch Investitionen in effizientere
Anlagen CO₂-Emissionen zu vermeiden.

Aus Sicht der EU-Kommission ist der Preis der Zertifikate aber zu niedrig, um
genügend Druck auf die Industrie auszuüben. Sie hat deshalb 2015 Vorschläge
35 vorgelegt, um den Preis in der neuen Handelsperiode ab 2021 auf 30 Euro in die Höhe
zu treiben. Dafür soll die Gesamtzahl der zur Verfügung stehenden Emissionsrechte
jährlich um 2,2 Prozent abgeschmolzen werden, und damit deutlich schneller als
bislang. Dadurch will die Kommission gewährleisten, dass sie ihr Klimaschutzziel
auch wirklich erreicht. Es sieht eine Reduktion des gesamten Treibhausgasausstoßes
40 in Europa um 40 Prozent bis 2030 vor. Nun müssen das EU-Parlament und der Rat der
Mitgliedstaaten sich positionieren, im ersten Halbjahr 2017 soll die Reform stehen.
Nicht nur die Stahlindustrie ist angesichts der Pläne alarmiert: „Mit Klimaschutz
lassen sich die diskutierten Verschärfungen nicht begründen“, sagte der
Hauptgeschäftsführer des Verbands der chemischen Industrie, Utz Tillmann, dem
45 Handelsblatt. Allein durch die geplante Reduzierung der Emissionszertifikate werde
der Ausstoß bis 2050 um 87 Prozent sinken im Vergleich zu 2005. „Alle weiter
gehenden Maßnahmen führen nur zu zusätzlichen Kosten für die Industrie.“

Die betroffenen Branchen suchen händeringend nach Fürsprechern in Brüssel. Sie setzen große Hoffnung auf die Bundesregierung, denn deren Wort hat Gewicht -
50 Deutschland steht wegen seiner starken Industrie für rund ein Viertel der im Emissionshandel erfassten Ausstöße. Doch auf Berlin können sie bislang nicht zählen. Denn die Bundesregierung findet nach Handelsblatt-Informationen keine einheitliche Linie. „Wir dürfen uns nicht weiter blamieren und als einziger großer Mitgliedstaat ohne abgestimmte Position dastehen“, heißt es in Regierungskreisen selbstkritisch. Je
55 länger die Bundesregierung in Brüssel „sprachlos“ sei, desto weniger werde es ihr gelingen, auch unumstrittene deutsche Forderungen durchzusetzen. Den Durchbruch solle nun ein Treffen der beteiligten Bundesministerien auf Staatssekretärebene bringen, das in „naher Zukunft“ stattfinden soll, hieß es weiter.

60 Gerungen wird vor allem um die Höhe der kostenlosen Zuteilung an die Industrie. Die EU-Kommission will insgesamt 40,4 Prozent der Zertifikate kostenlos an die im internationalen Wettbewerb stehenden Betriebe ausgeben. Wirtschafts- und Umweltressort tendieren zu einem Wert zwischen 43,5 und 44 Prozent. Das Haus von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) würde allerdings am liebsten einen noch
65 etwas höheren Wert als deutsche Position nach Brüssel tragen. Umstritten ist auch die Berechnung der Benchmarks, an denen die Zuteilung der Zertifikate bemessen wird. Das Emissionshandelssystem kennt mehrere Dutzend Benchmarks für verschiedene industrielle Prozesse. Im Prinzip strebt die deutsche Seite folgende Lösung an: Die Anlagen, die 2017 zu den besten zehn Prozent ihrer Art gehörten, sollen in den Jahren
70 2021 bis 2026 mit kostenloser Zuteilung rechnen können. Im Detail gibt es aber noch viele ungeklärte Fragen.

Vor allem die Höhe der kostenlosen Zuteilung ist von zentraler Bedeutung für die Industrie, da sie entscheidenden Einfluss auf die Kosten durch den Emissionshandel
75 hat. „Warum bekommen wir nicht 50 Prozent der Zertifikate zugeteilt?“, fragt Eurofer-Präsident Van Poelvoorde. Der Gesamtausstoß an CO₂ würde aus seiner Sicht dadurch unverändert sinken und das knappere Angebot an Emissionsrechten den Preis hochtreiben: „Das ist genau das, was die Kommission erreichen will.“ Doch Van Poelvoorde tut sich schwer, in Brüssel Mitstreiter zu finden. Im Europaparlament
80 unterstützt lediglich die Europäische Volkspartei (EVP) geschlossen seine Forderung: Der Industrie deutlich mehr als die 40,4 Prozent der Emissionsrechte gratis zuzuteilen sei die „einzige saubere Lösung, mit der Umwelt wie Industrie gedient ist“, sagt Herbert Reul, der Vorsitzende der CDU CSU-Gruppe im Europaparlament. Die in anderen Fraktionen diskutierten Verschärfungen nennt Reul „völlig
85 unverantwortlich“.

Denn im federführenden Umweltausschuss des EU-Parlaments zeichnet sich eine Mehrheit dafür ab, die Vorschläge der Kommission noch einmal deutlich zu verschärfen. Vor allem Grünen-Abgeordnete arbeiten an einem Bündnis, um
90 gegebenenfalls nicht nur das Votum des wirtschaftsfreundlicheren Industriausschusses übergehen zu können, sondern auch die größte Fraktion im Parlament: „Wenn die EVP an ihrer einseitigen Position festhält, könnte sie sich außerhalb der Mehrheit wiederfinden“, warnt der Grünen-Abgeordnete Bas Eickhout.

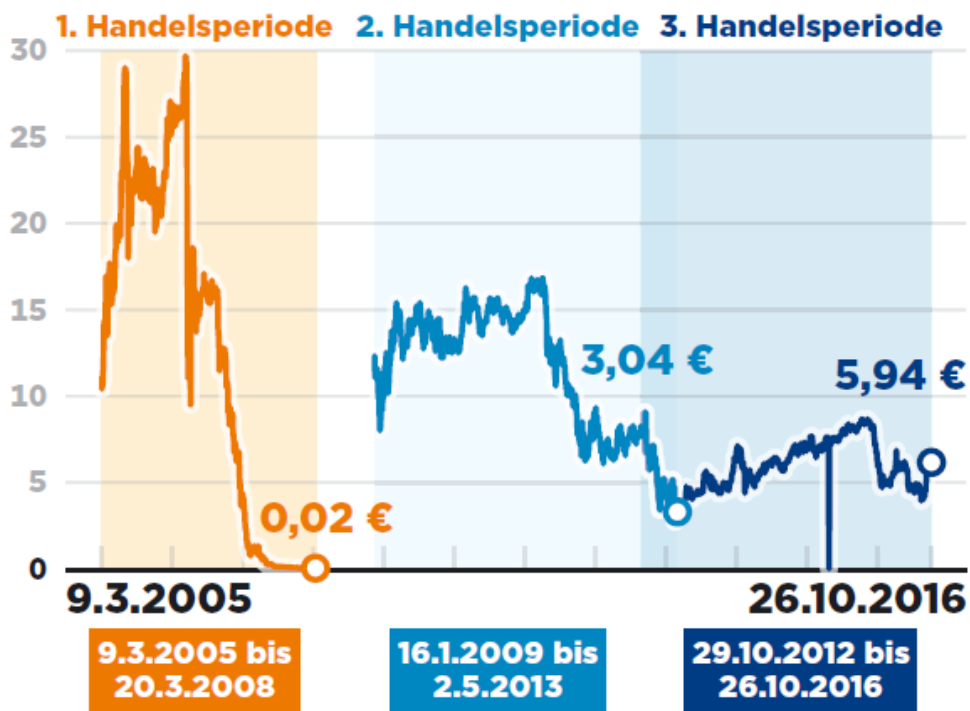
95 Der Niederländer fordert „mehr Ehrgeiz“ bei der Umsetzung des Pariser
Weltklimaabkommens und schlägt vor, die Gesamtzahl der Verschmutzungsrechte
jährlich um 2,8 Prozent zu kürzen - weit mehr als die von der Kommission
vorgeschlagenen 2,2 Prozent. Mehr Gratis-Zertifikate für die Industrie lehnt er ab. In
der EVP schrillen bereits die Alarmglocken: „Ein Alleingang des Umweltausschusses,
100 ohne Abstimmung im Plenum, wäre undemokratisch“, warnt der CDU-Abgeordnete
Jens Gieseke.

Angesichts der verfahrenen Lage suchen nun Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der
Stahlindustrie den Schulterchluss. Die Gewerkschaften haben für den 9. November
zu einem Aktionstag in Brüssel aufgerufen. In einem Brief bittet Van Poelvoorde den
105 Arcelor-Konzernbetriebsrat, „Ihre Kollegen zur Teilnahme zu ermutigen“. Für die
Branche sei die geplante Reform eine der wichtigsten, die „die EU je konzipiert hat“.
Denn: „Die Politik entscheidet heute, wie viel von der europäischen Stahlindustrie bis
2030 übrig bleibt.“

110 *Quelle: Hoppe, T./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 211, 01.11.2016, 10*

Handel mit Emissionszertifikaten

Preis für den Ausstoß von CO₂ in Euro je Tonne



HANDELSBLATT // Quelle: Bloomberg

Ölbranche: Konzerne im Sparmodus

Der niedrige Preis für den Rohstoff setzt Shell & Co. unter Druck.

5 Die Gewinne der Ölkonzerne gehen derzeit quer durch die Branche zurück. Dass der Rohstoff an den internationalen Märkten derzeit so günstig ist, drückt auf die Erträge. Doch der niederländisch-britische Ölgigant Shell hat mit einem Gewinnplus für eine positive Überraschung gesorgt - im Gegensatz zu seinem Konkurrenten BP. Strikte Sparmaßnahmen und die im Februar abgeschlossene Übernahme der britischen BG
10 Group zahlten sich für Shell aus: Mehr Umsatz durch den Neuzugang, zugleich ein Stellenabbau und weniger Ausgaben. An allen Ecken und Enden wird gespart. Nur ein Kostenblock steht nicht zur Diskussion: die Dividende. Aus gutem Grund, wie Analysten meinen - schließlich zählen die Ölkonzerne traditionell zu den großzügigsten Unternehmen und bemühen sich, ihre Investoren nicht zu verärgern.

15 Nachdem der bereinigte Gewinn im dritten Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 18 Prozent auf 2,8 Milliarden Dollar gestiegen war, will der Konzern seinen Investoren wie im Vorjahr 0,47 Dollar je Aktie als Gewinnbeteiligung auszahlen. Allerdings, darauf weist Branchenbeobachter Nicholas Hyett von Hargreaves Lansdown hin,
20 werden die Investoren auch skeptischer, wie lange sich der Konzern das leisten könne, wenn der Ölpreis nicht bald wieder steigt.

Seit Mitte 2014 hat sich der Preis mehr als halbiert. Ein Barrel (159 Liter) des Rohstoffs kostet derzeit weniger als 50 Dollar, sowohl für Öl der Sorte Brent als auch
25 für Öl der US-Sorte WTI. Anfang des Jahres lag der Ölpreis sogar unter 30 Dollar. Rohstoffexperten gehen nicht davon aus, dass der Preis in den kommenden Monaten deutlich ansteigen wird. Auch bei Shell ist man skeptisch: „Die niedrigen Ölpreise sind weiterhin eine große Herausforderung“, erklärte Firmenchef Ben van Beurden, „die Aussichten bleiben ungewiss“. Um den Preis wieder in die Höhe zu treiben, will
30 die Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec) zwar die Fördermenge senken, doch die Mitglieder konnten sich bislang nicht einigen, welches Land welche Einschnitte vornehmen soll. Ende November trifft sich die Opec erneut. Experten sind skeptisch, ob es zu einer Vereinbarung kommen wird. Und selbst höhere Preise versprechen keine Rettung für die Ölmultis: Zum einen sind die Ölläger vieler Länder
35 voll. Zum anderen wird erwartet, dass bei höheren Preisen die US-Schieferölproduktion wieder ansteigt.

Als Reaktion auf die Krise waren die Ölkonzerne gezwungen, Sparmaßnahmen zu ergreifen - das gilt für Shell ebenso wie für den Rest der Branche. Insgesamt haben die
40 Unternehmen ihre geplanten Investitionen um eine Billion Dollar gekürzt. Shell etwa will seine Ausgaben für Investitionen in diesem Jahr auf 29 Milliarden Dollar reduzieren, deutlich weniger als früher. 2017 sollen es nur noch 25 Milliarden Dollar sein. Und auch bei dem britischen Ölkonzern BP steht alles auf dem Prüfstand. Investitionen werden ebenfalls drastisch gekürzt, gleichzeitig soll der Verkauf von
45 Unternehmensteilen Geld einbringen. In diesem Jahr hat BP-Chef Bob Dudley für Investitionen 16 Milliarden Dollar veranschlagt - zuletzt waren es noch 17 bis 19 Milliarden gewesen. Zugleich will der Manager allein dieses Jahr durch Verkäufe bis

zu fünf Milliarden Dollar einnehmen. Der Konzern soll sich grundlegend verändern:
Statt Erdöl will BP künftig vor allem Gas fördern.

50

Doch noch fordert der niedrige Ölpreis seinen Tribut: BP erwirtschaftete im dritten Quartal einen bereinigten Gewinn von 933 Millionen Dollar, im Vorjahr waren es 1,8 Milliarden gewesen. Dabei ist das teure Kapitel „Deepwater Horizon“ abgeschlossen, wie der Konzern Anfang des Jahres erklärt hatte. „Wir machen weiterhin gute Fortschritte, uns dem herausfordernden Preis- und Marktumfeld anzupassen“, gibt sich BP dennoch zuversichtlich.

55

Auch BP will nicht an der Dividende sparen und den Aktionären eine Gewinnbeteiligung von 0,10 Dollar je Aktie zahlen. Das Urteil der Investoren fiel trotzdem zugunsten von Shell aus: Der Aktienkurs von BP fiel um gut zwei Prozent, der des britisch-niederländischen Konkurrenten stieg hingegen um drei Prozent.

60

Quelle: Leitel, K., Handelsblatt, Nr. 212, 02.11.2016, 23

BP

Umsatz in Mrd. Euro

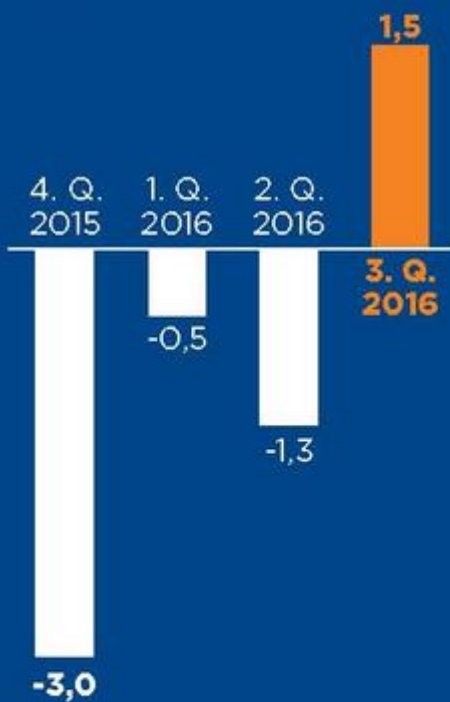


Shell

Umsatz in Mrd. Euro



Ergebnis in Mrd. Euro



Ergebnis in Mrd. Euro



HANDELSBLATT
Foto: Bloomberg
Quelle: Bloomberg

Handelsblatt Nr. 212 vom 02.11.2016

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Hendricks ringt um ihren Klimaplan

Union fordert Mitsprache des Bundestages. Am Montag beginnt die internationale Klimakonferenz.

5

Nach einem Machtwort der Kanzlerin zu rufen, ohne vorher mit den zuständigen Ministern geredet zu haben: peinlich oder ein kluger Schachzug? Eines hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) jedenfalls erreicht: Bewegung in die festgefahrenen Gespräche um ihren „Klimaschutzplan 2050“ zu bringen.

10

Hendricks' Ziel ist es, mit dem vom Bundeskabinett verabschiedeten Plan im Gepäck zum Weltklimagipfel nach Marokko zu reisen.

15

Angesichts der Differenzen im Kabinett ist die Gefahr allerdings groß, dass die Ministerin mit leeren Händen fahren muss. Eine Lösung könnte aber eine Staatssekretärsrunde bringen, die am heutigen Montag über den Plan berät. Ebenfalls heute beginnt die zweiwöchige Konferenz in Marokko. Hendricks reist eine Woche später an.

20

In Paris hatte die internationale Staatengemeinschaft im Dezember 2015 einen Weltklimavertrag besiegelt, der die Erderwärmung gegenüber vorindustrieller Zeit auf deutlich unter zwei Grad begrenzen soll. Freitag trat das Abkommen in Kraft.

25

Der Klimaschutzplan 2050 soll Deutschland den Weg in eine weitgehend emissionsfreie Wirtschaft weisen. Das provoziert Gegenwehr. Hendricks erster Entwurf wurde bereits nach Gesprächen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Kanzleramt stark abgeschwächt.

30

So entfielen sämtliche konkrete CO₂-Minderungsziele für einzelne Sektoren wie Industrie, Verkehr oder Landwirtschaft - was Umweltschützer heftig kritisieren. „Ohne Sektorziele, die der Kohle- und Verkehrsbranche sowie der Landwirtschaft klare Leitplanken für den notwendigen Umbau geben, sendet ein solcher Plan ein verheerendes Signal der Klimazauderei an die Weltgemeinschaft“, sagt Klaus Milke, Chef von Germanwatch.

35

Widerstand gegen den Plan kommt vor allen Dingen aus der Union. Unionsfraktionsvize Michael Fuchs (CDU) kritisierte am Wochenende, dass der Plan allein vom Kabinett abgesegnet werden soll. „Wir Parlamentarier müssen schon aus Respekt vor dem Wähler Mitsprache einfordern“, sagte er „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“.

40

Das Bundesumweltministerium widersprach am Wochenende der Darstellung, dass der Klimaschutzplan in letzter Minute noch verschärft werden solle. In einem Zeitungsbericht hatte es unter Berufung auf einen neuen Entwurf aus dem Ministerium geheißen, die Versorgung mit Kohlestrom solle stärker verringert werden als bislang vorgesehen. Das sei inhaltlich nicht neu, sondern entspreche bereits früheren Fassungen des Entwurfs, hieß es dazu aus dem Ministerium.

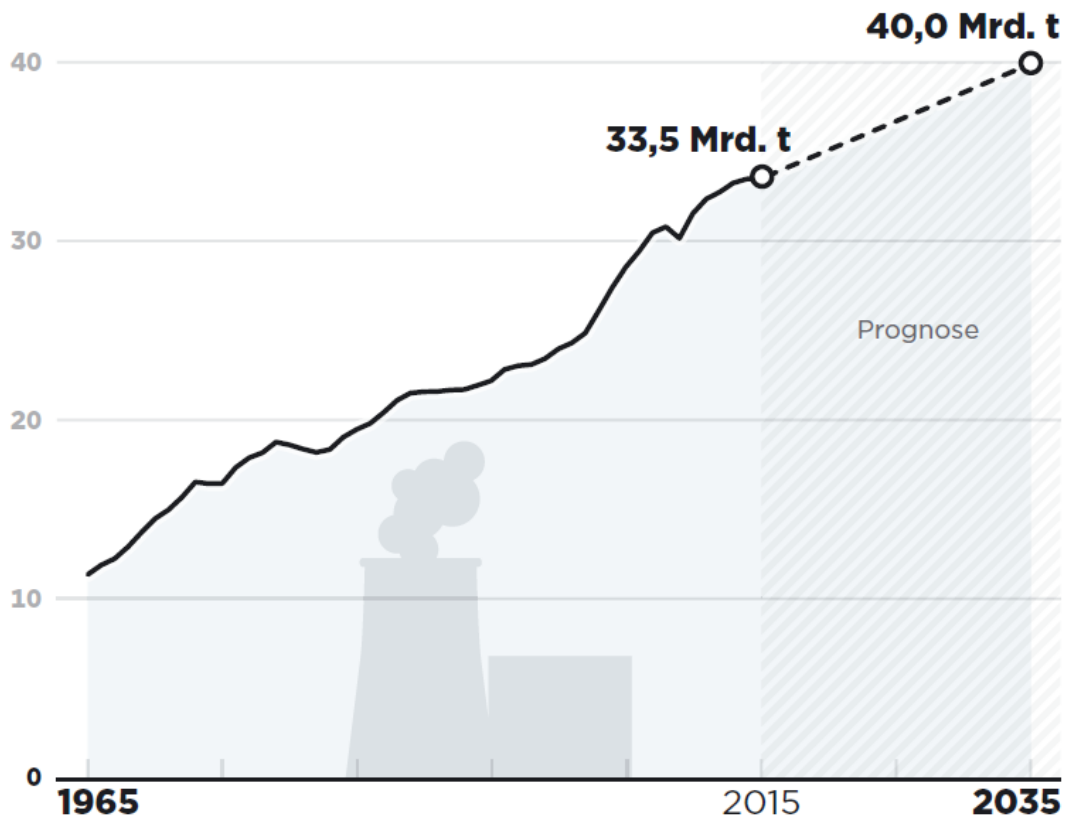
45

50 Beim Klimagipfel in Marokko stehen Konkretisierungen des Pariser Abkommens im
Vordergrund. Viele Fragen sind offen, zum Beispiel: Wie werden die Emissionen
international so erfasst, dass sie vollständig und vergleichbar sind? Bislang rechnet
jedes Land nach eigenen Vorgaben. Fachleute sehen darin ein Einfallstor für
Zahlentricksereien. Die Versicherungswirtschaft warnt: „Wenn nicht schnell
55 gehandelt wird, werden die Risiken aus der globalen Erwärmung immer größer und
schwerer zu beherrschen sein“, sagte Peter Höpfe, Leiter der Georisikoforschung des
Rückversicherers Munich Re dem Handelsblatt.

Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 215, 07.11.2016, 17

Stetiger Anstieg

CO₂-Emissionen weltweit in Mrd. Tonnen



HANDELSBLATT

Quelle: BP

Das zähe Ringen um das Klima

Zwar hat sich die Koalition auf einen Klimaschutzplan 2050 geeinigt. Doch es bleiben Streitpunkte offen.

5

Am Ende war der Ehrgeiz größer als das Beharrungsvermögen. Die Aussicht, als erstes Land auf dem bereits begonnenen Weltklimagipfel in Marokko einen langfristigen Klimaplan vorzulegen, hat die Bundesregierung in den vergangenen Tagen angetrieben. Nach zähen Verhandlungen ist sich die Koalition über den Klimaschutzplan 2050 weitgehend einig geworden. Am Abend wollten Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) über den Plan beraten.

Der seit Monaten diskutierte Klimaschutzplan 2050 soll zeigen, wie Deutschland die internationalen Klimaziele umsetzen und langfristig auf den Ausstoß klimaschädlicher Gase verzichten kann. Heftig umstritten war aber, welches Ressort wie viel der klimaschädlichen Emissionen einsparen kann und auf welche Weise. Der erste Entwurf von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD), die am kommenden Wochenende nach Marrakesch reist, wurde bereits nach Gesprächen mit dem Wirtschaftsministerium und dem Kanzleramt stark abgeschwächt. So entfielen sämtliche konkrete CO₂ - Minderungsziele für einzelne Sektoren wie Industrie, Verkehr oder Landwirtschaft.

Im überarbeiteten Papier haben sich die Ressorts nun doch auf Einsparziele zumindest bis 2030 geeinigt. So soll die Energiewirtschaft, die bislang ohnehin den größten Anteil an Einsparungen erbringt, ihren CO₂ - Ausstoß bis 2030 im Vergleich zu 2014 noch einmal halbieren. Der Verkehr, der in den vergangenen 25 Jahren aufgrund des gestiegenen Verkehrsaufkommens so gut wie überhaupt keine Emissionen eingespart hat, soll bis 2030 kräftig aufholen und im Vergleich zu 1990 mehr als 40 Prozent einsparen.

Kein Exportschlager Das stößt auf Gegenwehr. Der Verband der Chemischen Industrie kritisierte nationale Minderungsziele für Sektoren wie die Energie, die schon vom europäischen Emissionshandel erfasst seien, als falsche Weichenstellung. Das sei eine unnötige Doppelregulierung, die der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen am Standort Deutschland schade. Lutz Goebel, Präsident des Verbands „Die Familienunternehmer“, sprach von wirtschaftsfeindlicher Überregulierung: „Wenn es der deutschen Politikspitze tatsächlich um weltweiten Klimaschutz geht, muss sie einen Weg aufzeigen, der für andere Staaten nachahmenswert ist.“ Der Klimaschutzplan von Bundesumweltministerin Hendricks werde jedoch sicherlich nicht zum Exportschlager.

Auch die Unionsfraktion im Bundestag bekräftigte am Dienstag ihre grundsätzliche Kritik an den vorgelegten Entwürfen des Klimaschutzplans. Dem Plan fehle „jede Fantasie“, schreibt Fraktionsvize Michael Fuchs (CDU) in einem Gastbeitrag für das Handelsblatt. Der CDU-Wirtschaftsrat warnte vor einer voreiligen Verabschiedung durch das Bundeskabinett. „Der jetzige Entwurf würde die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gefährden“, hieß es in einer

50 Stellungnahme. „Es macht keinen Sinn, wenn die Bundesregierung einerseits große
Schaufenster-Dialoge mit der Industrie führt und ihr andererseits immer neue Lasten
aufbürdet.“ Deutschland solle bei der derzeit in Marrakesch stattfindenden
Klimakonferenz die EU-Klimaschutzziele unterstützen. Hierfür brauche es keinen
voreiligen Kabinettsbeschluss, um den deutschen Sonderweg bei der Klimapolitik zu
zementieren. Abermals forderte der Wirtschaftsrat, die Maßnahmen des
55 Klimaschutzplanes einer Kosten-Nutzen-Analyse zu unterziehen.

Kritik der Opposition Der Opposition dagegen geht der Plan nicht weit genug. „Der
Plan ist nun wachsw weich und verfehlt das deutsche und internationale Klimaziel“,
kritisiert Annalena Baerbock, Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion für
60 Klimapolitik. Die Grünen vermissen vor allem ein festes Ziel zum Ausstieg aus der
Braunkohle. „Ganz gleich, was für Formulierungen am Ende auf dem Papier stehen“,
sagt Klima-Ökonom Ottmar Edenhofer dem Handelsblatt (siehe Interview rechts):
„Die Regierung hat erkannt, dass sie sich mit dem Kohleausstieg beschäftigen muss.
Ansonsten wird Deutschland trotz der erheblichen Summen, die in den Ausbau der
65 erneuerbaren Energien gesteckt werden, die Klimaziele nicht erreichen.“

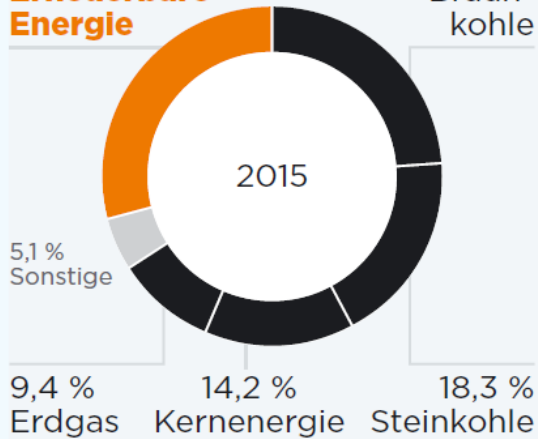
Edenhofer sieht vor allem in der geplanten Einführung eines CO₂ - Mindestpreises im
europäischen Emissionshandel ein starkes Signal. Auch auf internationaler Ebene
werde ein CO₂ - Preis ein wichtiges Thema, und das durchaus von Unternehmen
70 gestützt. Viele Unternehmen, so Edenhofer, seien durchaus bereit, etwas für mehr
Klimaschutz zu leisten. „Aber das ist in großem Maßstab nur möglich, wenn die
Preise stimmen und es keine Nachteile im Wettbewerb gibt.“

Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 217, 09.11.2016, 14

Stromerzeugung

Anteil der Energieträger
in Deutschland in Prozent

**29 %
Erneuerbare
Energie**



HANDELSBLATT // *vorläufig, **CO₂-Äquivalente

Treibhausgase

Emissionen in Deutschland
2015* in Mio. Tonnen CO₂**

| Energiewirtschaft | 344,5 |
|----------------------|-------|
| Verkehr | 163,6 |
| Feuerungsanlagen | 129,2 |
| Verarb. Gewerbe | 119,7 |
| Landwirtschaft | 66,9 |
| Industrie | 61,8 |
| Diffuse Emissionen | 10,5 |
| Abfallwirtschaft | 10,2 |
| Forstwirtschaft u.ä. | 1,7 |

Quellen: BMWI, Umweltbundesamt

Ottmar Edenhofer: „Wir brauchen den Mindestpreis für CO2“

5 *Ziel der Weltgemeinschaft ist, die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen. Damit das gelingt, hält Edenhofer, einer der führenden Köpfe in der Klimadebatte, den Ausstieg aus der Kohle für unverzichtbar.*

Herr Edenhofer, die Koalition hat sich weitestgehend auf den Klimaschutzplan 2050 geeinigt - bleibt er hinter Ihren Erwartungen zurück?

10 Die Bundesregierung bekennt sich klar zu einem CO2-Mindestpreis im europäischen Emissionshandel, das ist, wenn das Kabinett es wirklich so beschließt, ein großer Fortschritt. Ein solcher Mindestpreis hätte eine Reihe vorteilhafter Effekte: Das Verfeuern von fossilen Brennstoffen wird teurer, die Nutzung von erneuerbaren Energien wird im Vergleich billiger - und die klimaschädlichen Kohlekraftwerke werden aus dem Markt gedrängt, weil Kohle nun mal der schmutzigste Brennstoff ist.

15

Bei der Kohle bleibt der Plan doch ziemlich zurückhaltend ...

20 Ganz gleich, was für Formulierungen am Ende auf dem Papier stehen: Die Regierung hat erkannt, dass sie sich mit dem Kohleausstieg beschäftigen muss. Ansonsten wird Deutschland trotz der erheblichen Summen, die in den Ausbau der erneuerbaren Energien gesteckt werden, die Klimaziele nicht erreichen. Jeder Strukturwandel hat Gewinner und Verlierer. Deshalb muss ein Konzept her, wie so ein Strukturwandel zu bewältigen ist. Je früher ein solcher Plan vorliegt, desto besser für alle Beteiligten.

25 *Die Regierung ist zerstritten, aber will auf europäischer Ebene einen CO2 - Mindestpreis voranbringen. Wie soll das gehen?*

30 In Europa ist der Mindestpreis wichtig, weil sonst deutsche Emissionsreduktionen nur dazu führen, dass Polen mehr Treibhausgase ausstoßen kann - das war bislang die Konstruktion im Emissionshandel. Der Mindestpreis verhindert das. Es gibt hier eine wachsende Einigkeit. Auch auf internationaler Ebene wird die CO2 - Bepreisung ein wichtiges Thema.

Woran machen Sie das fest?

35 Inzwischen tragen doch so unterschiedliche Akteure wie der Bundesverband der deutschen Industrie und die Umweltorganisation Germanwatch diese Idee mit. Nicht, weil ich mir dafür den Mund fusselig geredet habe, sondern, weil es stimmt: Ohne einen wirksamen CO2 - Preis, nicht nur in Europa, werden wir es nicht schaffen, das Pariser Klimaabkommen umzusetzen und die Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen.

40 *Aber der Ausbau der erneuerbaren Energien kommt doch gut voran.*

Das macht Hoffnung, ja. Auch dass global die Emissionen zuletzt nicht mehr angestiegen sind, ist positiv. Aber gleichzeitig werden immer noch zig Kohlekraftwerke geplant. Auch 2015 sind in China jede Woche zwei neue Kohlekraftwerke ans Netz gegangen.

- 45 *China hat zuletzt den Bau einer Reihe von Kohlekraftwerken gestoppt ...*
Das ist nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Fakt ist: Wenn es so preiswert bleibt, Öl, Gas und Kohle zu verfeuern, dann gibt es für Unternehmen keinen Grund, in klimafreundlichere Produktionsanlagen zu investieren. Mein Eindruck ist jedoch: Die Botschaft von Paris, dass Klimaschutz angepackt werden muss, wurde verstanden.
- 50 Niemand, der politische oder unternehmerische Verantwortung trägt, bezweifelt das. Es wäre also ein guter Moment, um einen wirksamen Preis für CO₂ zu etablieren.

Auf dem Klimagipfel jetzt in Marokko ist das kein Thema.

- 55 In Marrakesch muss vor allem diskutiert werden, wie das Ambitionsniveau der Staaten erhöht werden kann. Das ist wichtig, weil die bisher angekündigten Maßnahmen bestenfalls ausreichen, die Erderwärmung auf drei Grad zu begrenzen. Im Übrigen ist Marokko nur ein Baustein unter vielen.

Wie meinen Sie das?

- 60 Man muss das Ganze breiter denken. Mindestens ebenso wichtig wie das Fortkommen in Marokko ist der G20-Prozess. Die Bundesregierung übernimmt Ende des Monats die Präsidentschaft der Gruppe der weltweit 20 größten Volkswirtschaften - und hat hier die einmalige Chance, Weichen zu stellen.

- 65 *Quelle: Kersting, S., Handelsblatt, Nr. 217, 09.11.2016, 15*

Gabriel stoppt Klimaplan und brüskiert Hendricks

5 *Die Bundesregierung blockiert den Klimaschutzplan: Daher kann das Kabinett das Konzept an diesem Mittwoch nicht verabschieden – und Umweltministerin Hendricks muss wohl ohne Plan zur Uno-Weltklimakonferenz reisen.*

10 Die Einigung auf einen „Klimaschutzplan 2050“ ist auf den letzten Metern am Widerstand von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gescheitert. „Der Plan wird am Mittwoch im Kabinett nicht beschlossen“, sagte ein Regierungsvertreter am Dienstagabend.

15 Gabriel habe überraschend sein Veto gegen die Kabinettsbefassung eingelegt. Die Zukunft des gesamten Klimaplans sei jetzt unklar, auf den sich zuvor Staatssekretäre aller Ministerien, auch des Wirtschaftsressorts, verständigt hatten. Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) kann so wohl nicht mit einem Klimakonzept zur laufenden Uno-Konferenz in Marokko fliegen. Gabriel hatte am Dienstagabend noch mit Kanzlerin Angela Merkel über die Braunkohle gesprochen. Unter Beschuss von Seiten der Bergbaugewerkschaft IG BCE stand eine im Plan verankerte Kommission, die sich mit dem Kohle-Ausstieg befassen sollte.

20 Noch am Dienstagmittag war auch Umweltministerin Barbara Hendricks davon ausgegangen, der Plan sei praktisch in „trockenen Tüchern“, wie sie sagte. Hendricks (SPD) hatte zuvor auch alle unionsgeführten Ministerien nach längerem Tauziehen zu einem Konsens bewegt. „Die Union ist jedenfalls nicht Schuld am Scheitern“, sagte ein Vertreter eines SPD-geführten Ressorts. Das Wirtschaftsministerium war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Der „Klimaschutzplan 2050“ sollte auf Basis des Weltklimavertrags von Paris den Weg in eine Gesellschaft ohne Treibhausgas-Ausstoß weisen.

30 Das Scheitern an Gabriel ist umso überraschender, da sein Ressort den ersten Entwurf von Hendricks schon im Sommer grundlegend überarbeitet und besonders in den Passagen zum Energie- und Kohlesektor deutlich entschärft hatte. Später hatte auch Kanzleramtschef Peter Altmaier auch auf Druck des Wirtschaftsflügels der Union weitere Passagen geändert. Zuletzt hatten die CSU-geführten Ressorts für Verkehr- und Landwirtschaft noch Bedenken, die aber am Montag ausgeräumt wurden.

40 Die Industrie-Gewerkschaft IG-BCE hatte, auch mit Unterstützung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), allerdings weiter Front gegen den Plan und die Kommission gemacht: „Ich verstehe nicht, warum beinahe monatlich irgendwelche Kommissionen gefordert werden. Kommissionen, in denen es hinter wohltonenden Namen immer wieder um Braunkohleausstieg gehen soll“, hatte IG-BCE-Geschäftsführerin Petra Reinbold-Knape im Beisein von Gabriel kritisiert.

45 Der SPD-Chef selbst hatte gesagt, er erwarte, dass die Braunkohle noch bis in die 2040er Jahre eine Rolle spielen werde. Damit stellte er sich auch in Widerspruch zu Hendricks Einschätzung. In der letzten Fassung des Klimaplans war gar kein Zeitplan für den Kohleausstieg mehr genannt.

- 50 Die Grünen sprachen von einer Riesenblamage und machten vor allem die Kanzlerin Merkel verantwortlich: „Viel zu spät hat sie sich in den Prozess eingeschaltet und den Innovationsbremsern ihrer Partei freien Lauf gelassen“, sagte Klima-Expertin Annalena Baerbock. Klimaschutz sei der Bundeskanzlerin offensichtlich nicht wichtig genug, um ihre Richtlinienkompetenz zu nutzen.
- 55 Hendricks muss sich nun am Mittwoch im Bundestag einer aktuellen Stunde zur Weltklimakonferenz in Marrakesch stellen. Die Konferenz läuft bereits und dauert noch bis nächste Woche. Hendricks wollte dort eigentlich den deutschen Plan präsentieren.
- 60 *Quelle: dpa, Handelsblatt.com, 08.11.2016, 23:53 Uhr*

Rolf Martin Schmitz (RWE): „Strom ist Zukunft“

Der neue Chef sieht RWE durch den Börsengang von Innogy gestärkt und will wieder in die Offensive gehen: Sein Team sucht schon nach neuen Wachstumschancen.

5

Zum ersten und vermutlich auch letzten Mal empfängt Rolf Martin Schmitz das Handelsblatt als Vorstandschef in seinem Büro im 23. Stock des RWE-Turms in der Essener Innenstadt. Erst vor dreieinhalb Wochen wurde der bisherige Vize befördert. Bald werden Schmitz und RWE den Turm aber verlassen. In dem markanten Gebäude hat sich schon Vorgänger Peter Terium mit seinem neuen Unternehmen breitgemacht: Er will von hier aus mit der grünen Tochter Innogy die neue Energiewelt erobern. Schmitz wird sich von einer neuen Zentrale aus um die Sanierung der Kohle- und Gaskraftwerke von RWE kümmern.

15 *Herr Schmitz, Sie sind neuer Chef von RWE. Kann man Ihnen dazu wirklich gratulieren?*

Ja, warum nicht? Das ist eine sehr reizvolle Aufgabe. Ich habe zwar Respekt davor. RWE hat mit dem gelungenen Börsengang von Innogy aber wieder neuen Handlungsspielraum bekommen.

20

Na ja, Ihr bisheriger Chef, Peter Terium, hat sich mit allen Geschäftsfeldern, die erfolgreich sind, davongemacht und Sie mit einem Sanierungsfall zurückgelassen. Er hat doch eindeutig den besseren Job gewählt?

25 RWE ist ja die Mutter von Innogy. Es stimmt, dass unsere Tochter sehr schön ist - aber davon profitieren wir doch auch.

Und wie ist die Stimmung im Konzern? Innogy hatte einen erfolgreichen Börsengang und bekam eine Werbekampagne spendiert. RWE bleibt dagegen im Krisenmodus zurück. Das muss für die Mitarbeiter frustrierend sein.

30 Ich kann nicht leugnen, dass es zwischenzeitlich so ein Stimmungsbild gab. Mancher Mitarbeiter von RWE hat sich vielleicht ein wenig zurückgelassen gefühlt. Aber das hat sich spätestens mit dem erfolgreichen Börsengang völlig gedreht.

Inwiefern?

35 Jeder sieht, dass auch wir von der neuen Struktur profitieren. Der Konzern war in seiner alten Form jahrelang in der Defensive, musste immer weiter sparen. Jetzt können beide Unternehmen in die Offensive gehen. Mit dem Börsengang hat sich Innogy Kapital für Investitionen reingeholt - und auch RWE hat den eigenen finanziellen Spielraum deutlich erhöht. Die Mitarbeiter spüren, dass sie letztlich auch davon profitieren. Wir können wieder Gas geben und über neue Dinge nachdenken. Das kommt an.

45 *Die Börse teilt Ihre Euphorie nicht. Innogy ist fast 18 Milliarden Euro wert, die RWE AG nicht einmal neun, obwohl sie ja noch gut drei Viertel von Innogy hält. Faktisch hat das operative Geschäft der RWE AG damit einen negativen Wert. Wie kann das sein?*

Das bewertet die Börse derzeit so, und es ist unsere Aufgabe, das jetzt geradezurücken. Wir werden in den kommenden Monaten eine eigene Story

50 herausarbeiten und zeigen: RWE ist ein Unternehmen mit Zukunft. Im vergangenen Jahr stand die Aufspaltung im Fokus, und RWE selbst kam etwas zu kurz. Wir haben jetzt aber mehrere Teams zusammengestellt, die die neue Equity-Story entwickeln, und arbeiten dabei auch mit Beratern und Banken zusammen. Im nächsten Frühjahr soll sie stehen.

55 *Und was wollen Sie herausstellen? Innogy hat alle Bereiche übernommen, die stabile und wachsende Erträge abwerfen.*

Innogy gehört aktuell ja noch zu mehr als drei Vierteln RWE, und die Beschlussfassung im Aufsichtsrat besagt, dass wir die Mehrheit behalten. Wir führen das Unternehmen zwar als Finanzbeteiligung, die stabilen Erträge aus dem regulierten
60 Geschäft von Innogy kommen aber auch unseren Aktionären zugute. Das ergänzt sich gut mit unserem operativen Geschäft, der konventionellen Stromerzeugung und dem Handel, in dem die Entwicklung naturgemäß etwas mehr schwanken kann. So eine Konstruktion gibt es sonst nicht auf dem Markt. RWE ist ein Unikat.

65 *Die Zukunft gehört aber den Erneuerbaren. RWE ist doch nur noch eine Abwicklungsgesellschaft für Atom- und Kohlekraftwerke.*

Strom ist Zukunft, und die Zukunft ist elektrisch. Natürlich wird der Anteil der erneuerbaren Energien immer weiter steigen. Das ist gut und richtig. Wir werden aber
70 noch über Jahrzehnte nicht ohne konventionelle Erzeugung auskommen. Wir brauchen Kohle- und Gaskraftwerke auch als Reserve, um die witterungsbedingten Schwankungen bei Wind- und Solarenergie aufzufangen. Davon bin ich fest überzeugt. Die Kraftwerke werden nicht mehr so oft laufen, aber wenn sie gebraucht werden, müssen sie da sein. RWE bleibt deshalb eine tragende Säule der Energieversorgung in Deutschland. Ich glaube, dass es konventionelle Kraftwerke
75 mindestens so lange geben wird wie Verbrennungsmotoren in der Autobranche. Sehen Sie die deutsche Autoindustrie etwa als Abwicklungsfall an?

Sie haben von Herrn Terium aber auch ein gewaltiges Imageproblem geerbt: RWE ist der Kohlekonzern Nummer eins .

80 Wir leisten auch unseren Beitrag zum Klimaschutz und haben einen klaren Fahrplan. Wir schalten bis 2030 nach und nach Braunkohlekraftwerke ab und geben auch einen Tagebau auf. Danach werden sukzessive weitere Blöcke stillgelegt, bis wir nur noch unsere drei modernsten Anlagen betreiben. Etwa Mitte des Jahrhunderts ist Schluss, also ganz im Einklang mit den deutschen Klimazielen. Schon bis 2030 wird unser
85 CO₂ - Ausstoß so um 40 bis 50 Prozent sinken. Wenn andere Bereiche wie Wärme oder Mobilität ihre Emissionen im selben Zeitraum auch um 50 Prozent senken, würde ich sagen: Chapeau.

90 *Zuletzt hat sich die Lage auf dem Strommarkt überraschend wieder verbessert. Der Strompreis ist im Großhandel wieder gestiegen. Ist das eine Trendwende?*

Das ist erfreulich, aber auch sehr volatil. Ich würde nicht darauf wetten, dass das langfristig so bleibt. Aktuell bringt uns das so gut wie nichts. Den Strom für das kommende Jahr haben wir schon weitgehend verkauft.

- 95 *Die Sanierung hat weiter Vorrang?*
Wir müssen unser Kerngeschäft so effizient wie möglich machen. Da haben wir schon viel erreicht. In den vergangenen Jahren haben wir in der Stromproduktion rund 1,5 Milliarden Euro eingespart. Das war eine enorme Leistung. Dabei bleibt es aber nicht. Wir werden weiter sparen.
- 100 *Was bedeutet das für die 15 000 Mitarbeiter?*
Wir werden zwischen 2015 und 2020 rund 2 300 Mitarbeiter abbauen. All diese Maßnahmen sind aber schon mit den Betriebsräten abgestimmt, und das werden wir sozialverträglich schaffen. [...]
- 105 *Wann ist RWE denn über den Berg?*
RWE ist schon heute ein gesundes Unternehmen...
- 110 *... na ja, Sie haben in den vergangenen Jahren immer weniger verdient, Milliarden abgeschrieben und Verluste ausgewiesen...*
RWE ist ja die Summe aller Teile: Erzeugung, Handel und die große Beteiligung an Innogy - und in der Summe sehe ich keinen Berg, den wir noch erklimmen müssten.
- 115 *Was machen Sie mit den 2,6 Milliarden Euro, die der Börsengang in die RWE-Kasse gespült hat? Wird das komplett in Ihre Verpflichtungen aus dem Atomausstieg fließen?*
Ja, das ist erst einmal vorrangig dafür reserviert.
- 120 *Sind Sie mit dem geplanten Gesetz zufrieden? Sie geben die Verantwortung für Zwischen- und Endlagerung an einen öffentlich-rechtlichen Fonds ab, müssen aber 6,8 Milliarden Euro einzahlen.*
Wie könnte ich zufrieden sein? Die Belastung ist extrem hoch. Wir müssen einen Zuschlag von 35 Prozent auf die Rückstellungen bezahlen, die wir dafür gebildet haben. Das ist für uns schon schwer zu verkraften.
- 125 *Sie werden den Kompromiss aber billigen ?*
Ja, wenn das Gesamtpaket stimmt. Wir brauchen ja nicht nur ein Gesetz, sondern auch einen Vertrag.
- 130 *Warum ist der wichtig?*
Wenn wir eine so hohe Summe einbringen, brauchen wir Vertrauensschutz. Gesetze kann man ändern. Wir sind da aber in guten Gesprächen.
- 135 *Wird RWE schon bald die nächsten Anteile von Innogy verkaufen?*
Wir haben erst einmal eine Lock-up-Periode von sechs Monaten, in der wir nicht verkaufen dürfen. Ob und wann wir das danach machen, ist offen.
- 140 *Werden die Einnahmen aus weiteren Verkäufen auch in den Schuldenabbau fließen?*
Das wäre ja schlimm. Wenn wir weitere Aktien verkaufen, wollen wir das dann für eigene Investitionen nutzen. Auch RWE wird wieder in die Offensive gehen.

Wo sieht RWE denn neues Wachstum?

Das prüfen wir noch. Unser Engagement wird sich nahe am Kerngeschäft orientieren - aber wir schauen auch, was es rechts und links noch gibt.

145

Ist eine internationale Expansion denkbar?

Ja, ich würde da aber Europa im Blickwinkel sehen. Unsere Mittel sind zwar größer geworden, aber immer noch beschränkt. Die sollte man da ausgeben, wo man sich gut auskennt.

150

Führungswechsel

Aufspaltung Anfang Oktober hat RWE Vertrieb, Netz und erneuerbare Energien in der Innogy SE an die Börse gebracht. RWE führt diese als Finanzbeteiligung und ist operativ nur noch für konventionelle Kraftwerke und Großhandel zuständig.

155

Aufgabenteilung Peter Terium hat die Führung von Innogy übernommen. Sein bisheriger Vize, Rolf Martin Schmitz, übernahm RWE. Der 59-Jährige ist seit 2009 im Konzern.

160

Innogy-Beteiligung 76,8Prozent hält RWE aktuell an Innogy. Der Konzern wird weitere Anteile verkaufen, aber die Mehrheit behalten.

165 *Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 216, 08.11.2016, 22*

Eon: Entsorgung der Altlasten

Der Jahresverlust von Eon wird sich wegen gewaltiger Abschreibungen auf einen zweistelligen Milliardenbetrag summieren - eine teure Bilanz.

5 Für Vorstandschef Johannes Teyssen und Finanzvorstand Michael Sen ist die Geschäftsentwicklung von Eon nach eigenen Worten völlig im Plan. „2016 wurde von uns immer als Jahr des Übergangs bezeichnet“, betonte Sen am Mittwoch bei der Vorlage des Zwischenberichts für die ersten neun Monate. Nach der Abspaltung der Kohle- und Gaskraftwerke ins neue Unternehmen Uniper waren Belastungen für die Bilanz von Eon fest eingeplant.

15 Die Aktionäre dürften die Entwicklung dagegen alles anders als planmäßig empfinden. Der Übergang ist außergewöhnlich hart - und das Jahr wird mit einem gewaltigen Fehlbetrag abgeschlossen: Unter dem Strich wird nicht nur ein Rekordverlust stehen, er wird sich sogar auf einen zweistelligen Milliardenbetrag summieren. Daran gibt es in Konzernkreisen kaum noch einen Zweifel. Schließlich lief schon zum Ende des dritten Quartals ein Fehlbetrag von 9,3 Milliarden Euro auf - und im vierten Quartal sind weitere Belastungen absehbar. Zum Vergleich: 2015 hatte Eon einen Nettoverlust von sieben Milliarden Euro verbucht - und schon das war ein bislang einsamer Rekord.

25 Die Strategie, für die Teyssen Ende 2014 gefeiert worden ist, bringt die Bilanz an die Belastungsgrenze: Eon hat zwar in diesem Jahr die Konzentration auf das Geschäft mit der Energiewende geschafft, also auf erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb. Mitte September ging die Abspaltung Uniper an die Börse. Für Eon sind damit aber gewaltige Aufräumarbeiten verbunden.

30 Der Konzern muss die Buchwerte an die Marktbewertung anpassen - und die Diskrepanz ist gewaltig: Bei der Spaltung stand Uniper noch mit 15,5 Milliarden Euro in den Büchern, aktuell ist das Unternehmen rund 4,6 Milliarden Euro wert. Zwar schlägt sich die Aktie wacker und hat gegenüber dem Ausgabekurs mehr als 20 Prozent zugelegt. Der Buchwert des Unternehmens, dessen Kraftwerke von Wind- und Solaranlagen aus dem Markt gedrängt werden, war aber völlig überhöht.

35 Eon hat schon zum Halbjahr Wertberichtigungen von 3,8 Milliarden Euro auf Kraftwerke und Gasspeicher von Uniper vorgenommen. Jetzt, nachdem die Börse dem Unternehmen einen am Aktienkurs sichtbaren Wert gegeben hat, sind zusätzlich 6,1 Milliarden Euro fällig. „Wir haben uns ganz bewusst für einen sehr transparenten Weg entschieden“, sagte Sen, „entsprechend transparent sind auch die Spuren in unserer Gewinn-und-Verlust-Rechnung und unserer Bilanz.“ [...]

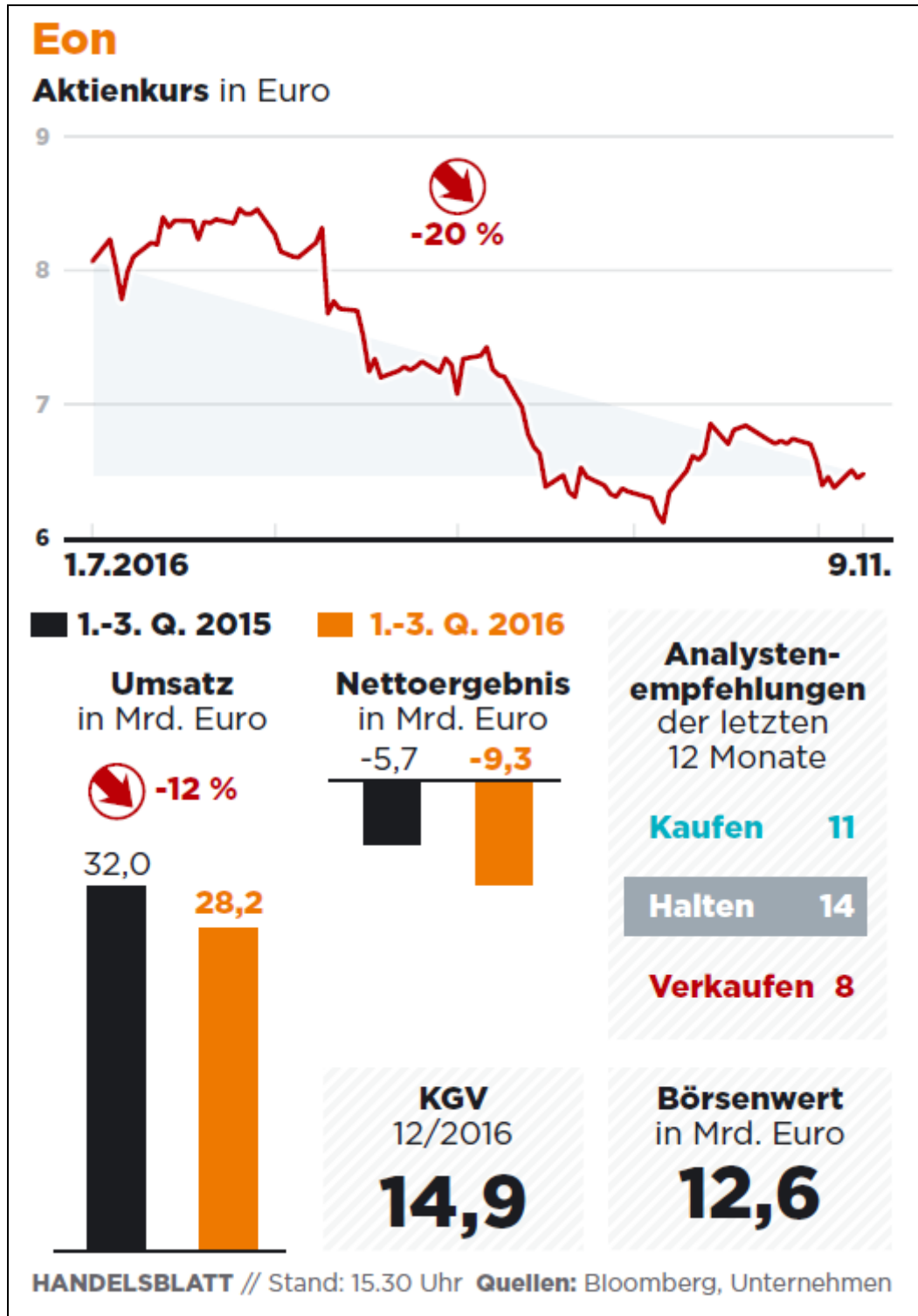
45 Gleichzeitig muss Eon Milliarden mobilisieren, weil die Bundesregierung die Verantwortung für den Atomausstieg neu regelt. Während die Unternehmen für den Rückbau der Reaktoren verantwortlich bleiben, übernimmt ein öffentlich-rechtlicher Fonds die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls. Eon muss dafür einen Teil der Rückstellungen in Höhe von 7,2 Milliarden Euro einbringen - plus einen Risikozuschlag von 2,6 Milliarden.

50 Die Abschreibungen und die Zahlungen für den Atomfonds zehren das Eigenkapital
auf. Im vierten Quartal wird Eon nach Sens Worten sogar „voraussichtlich ein
negatives Eigenkapital“ ausweisen. Der Konzern hat schon Kapitalmaßnahmen
angekündigt. Sen ließ am Mittwoch weiter offen, wie sich Eon neues Kapital
beschaffen will. Er schloss nur eine Variante faktisch aus: „Wir streben an, eine
Kapitalerhöhung mit Bezugsrechten eher zu vermeiden.“ Das kam bei Analysten aber
55 schon gut an. Das sei das „Highlight“ gewesen, urteilten die Experten von Bernstein
Research.

60 Positiv nahmen Analysten auch die Pläne auf, in den kommenden zwei Jahren die
Kosten um 400 Millionen Euro zu drücken. Der Konzern soll genau wie der Markt
dezentral aufgestellt werden. Entscheidungen sollen stärker vor Ort bei den Kunden
getroffen werden. Die Aktie gab zwar zunächst nach - hielt sich im wegen der US-
Wahl ohnehin schwachen Markt aber vergleichsweise gut.

65 „Die Vergangenheit hinterlässt zwar tiefe bilanzielle Spuren, aber von nun an ist der
Weg in die neue Energiewelt frei“, betonte Sen - und verwies auf das operative
Geschäft: Im Kerngeschäft - also den erneuerbaren Energien, dem Vertrieb und den
Netzen - stieg das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) um 200 Millionen auf 1,9
Milliarden Euro.

70 *Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 218, 10.11.2016, 26*



Kommunalversorger: Rivalen am Rhein rücken zusammen

Die Energiewende setzt auch Kommunalversorger unter Druck: Stadtwerke aus Köln, Düsseldorf und Duisburg loten deshalb eine enge Zusammenarbeit aus. Doch die Allianz ist politisch heikel.

Gerade einmal 40 Kilometer liegen zwischen Köln und Düsseldorf, die Bürger der beiden Städte trennen aber Welten. Die Rivalität zwischen den beiden Rheinmetropolen wird so lange und intensiv gepflegt wie in keiner anderen Region Deutschlands. Wer beim Rosenmontagszug in Köln statt „Alaaf“ aus Versehen „Helau“ ruft oder in einer Düsseldorfer Kneipe statt nach einem Altbier nach einem Kölsch fragt, riskiert zumindest erboste Blicke. Die Chefs der beiden Kommunalversorger, Dieter Steinkamp von der Rheinenergie AG in Köln und Udo Brockmeier von der Stadtwerke Düsseldorf AG, verstehen sich dagegen bestens und haben keine Berührungängste. Nach Informationen des Handelsblatts aus Kreisen der Unternehmen loten sie sogar eine engere Zusammenarbeit ihrer Häuser aus - und um die Schlagkraft zu erhöhen, ist auch Marcus Wittig, Chef der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV) eingebunden.

Die Allianz der drei großen Stadtwerke am Rhein soll zuerst mit dem gemeinsamen Betrieb der Netze starten, könnte aber nach und nach weitere Bereiche mit einschließen. Mittelfristig könnten auch Sparten wie das Abrechnungswesen kooperieren oder zusammengehen. Langfristig ist sogar eine gesellschaftsrechtliche Verbindung über gegenseitige Beteiligungen denkbar. „Es ist korrekt, dass wir mit den Kollegen aus Düsseldorf und Duisburg im Gespräch sind“, sagte Rheinenergie-Chef Steinkamp im Gespräch mit dem Handelsblatt: „Wir loten beispielsweise schon länger Möglichkeiten aus, wie wir beim Netz besser zusammenarbeiten können.“ Ins Detail wollte er nicht gehen und betonte: „Wir gehen da aber Schritt für Schritt vor.“ Aber auch Brockmeier und Wittig bestätigten die Annäherung der Kommunalversorger: „Wir sind mit Köln und Düsseldorf im Gespräch“, sagte DVV-Chef Wittig.

Die drei Stadtwerke reagieren auf die enormen Herausforderungen, mit denen die Energiebranche konfrontiert wird. Zum einen wird die Energieversorgung grüner. Mit der Energiewende müssen auch Stadtwerke den Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids verringern. Zum anderen wird der Energiemarkt aber auch digital. Stromnetz und Datenverkehr wachsen zusammen. Intelligente Netze werden neue Produkte und Dienstleistungen rund um das Thema Energiesparen ermöglichen. Sie locken aber auch neue Konkurrenten wie Google an. Und der Aufbau des intelligenten Stromnetzes ist teuer.

Die Branchenriesen Eon und RWE haben auf Energiewende und Digitalisierung auf ihre Art mit der spektakulären Aufspaltung reagiert. Je ein Teil konzentriert sich inzwischen komplett auf die neue Energiewelt. Für Kommunalversorger liegt die Chance dagegen in Allianzen. Sie müssen Ressourcen bündeln, um neue Produkte zu entwickeln oder Investitionen zu stemmen.

Speziell Köln und Düsseldorf passen gut zusammen. Beide Stadtwerke verfolgen eine ähnliche Wachstumsstrategie und sind finanziell gesund. Beide Städte sind aber auch
50 Wachstumsregionen und brauchen eine stetig bessere Infrastruktur. Die Duisburger DVV ist zwar dagegen angeschlagen, würde die Partnerschaft aber regional gut ergänzen und Größenvorteile ermöglichen. Erste Kooperationen gibt es unter dem Arbeitstitel „Projekt Rheinschiene“ schon. So stimmen die Netzgesellschaften der drei Unternehmen den Einkauf standardisierter Komponenten ab und prüfen,
55 Netzleitstellen auf gleiche technische Standards und IT zu bringen.

Für Rheinenergie sind Kooperationen nach den Worten von Steinkamp alternativlos: „Ich glaube nicht, dass wir in zehn Jahren noch so autark sein können, wie wir es derzeit sind.“ Rheinenergie ist zwar mit einem Umsatz von 2,3 Milliarden Euro in der
60 AG und 3,6 Milliarden in der Gruppe einer der größten Kommunalversorger in Deutschland. Aber nach Steinkamps Worten ist das Unternehmen „in der neuen Energiewelt auch zu klein, um alle Aufgaben selbst lösen zu können“. Die Energiewelt werde „immer komplexer - und darauf kann man am besten mit Partnern reagieren“.

65 Seit der Liberalisierung des Energiemarktes Ende der 90er-Jahre haben Stadtwerke schon zahlreiche Allianzen geschlossen - und dabei die unterschiedlichsten Modelle verfolgt. Es gab Übernahmen: Die Mannheimer MVV Energie hat sich beispielsweise bundesweit nach Beteiligungen umgeschaut und sich sogar im fernen Kiel engagiert.
70 Es formierten sich Netzwerke: Das größte, Trianel aus Aachen, hat mehr als 50 Gesellschafter, die gemeinsam Kraftwerke und Offshore-Windparks gebaut haben. Und es wurden Kooperationen bei einzelnen Projekten geschlossen wie dem Bau von Kraftwerken oder dem Engagement bei Zukunftsthemen wie der Elektromobilität.

75 Speziell bei Kooperationen in der Nachbarschaft tun sich Kommunalversorger - und vor allem ihre Eigentümer - allerdings schwer. „Gerade unter Nachbarn gab es früher oft Vorbehalte“, sagt Steinkamp, „das können wir uns aber nicht mehr leisten.“ [...]

80 Wie schnell eine solche Partnerschaft an politischen Widerständen scheitern kann, haben Köln, Duisburg und Düsseldorf schließlich schon einmal erfahren. „Mit diesen Überlegungen für die Bündelung von Aktivitäten im Rheinland greifen wir eine Idee auf, die bereits in den 1970er-Jahren entstanden ist und noch heute nichts von ihrer strategischen Attraktivität verloren hat“, erinnerte Stadtwerke-Düsseldorf-Chef Brockmeier. Am 22. März 1977 hatten die Stadtwerke aus Köln, Düsseldorf und
85 Duisburg schon einmal eine Rahmenvereinbarung über die „zukünftige stromwirtschaftliche Zusammenarbeit“ geschlossen. Geplant war die „Energieversorgung Nordrhein GmbH“, die gemeinsam Kraftwerke und Netze bauen und betreiben sollte. Zwei Jahre später, kurz vor Abschluss der Verhandlungen, scheiterte das Projekt aber - wegen politischer Befindlichkeiten. Dabei belegten
90 damals Gutachten den Nutzen. [...]

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 219, 11.11.2016, 16

Die kommunalen **Energieversorger**

Stadtwerke Köln, Düsseldorf und Duisburg
im Vergleich

Rhein**Energie**

Stadtwerke
Düsseldorf

STADTWERKE
DUISBURG AG

Umsatz 2015



2 281
Mio. Euro



1 759
Mio. Euro

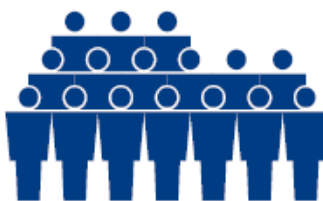


1 191
Mio. Euro

Mitarbeiter 2015



3 202



1 598



951

HANDELSBLATT

Quelle: Unternehmen